

**Es gilt das
gesprochene Wort**

Jahresschlussansprache

des Präses der HANDELSKAMMER HAMBURG

Fritz Horst Melsheimer

vor der

„Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e. V.“

am 30. Dezember 2016

in der Handelskammer Hamburg

„O seltenes Glück der Zeiten, in denen du sagen darfst, was du willst, und sagen kannst, was du denkst.“

Mit diesen Worten pries der römische Geschichtsschreiber Tacitus vor fast 2 000 Jahren das hohe Gut der Redefreiheit. Seit 1821 ist es gelebte Tradition, dass der Präses unserer Handelskammer seinen Bericht vor dieser Versammlung abgibt. Es handelt sich um eine gewachsene historische Struktur, die bislang stillschweigende Anerkennung in unserer Rechtsordnung genoss. Vielen von Ihnen ist nicht verborgen geblieben, dass es Kammermitglieder gibt, die diese Reihe gern beenden würden. Ich könnte mir durchaus eine alternative Gestaltung des Jahresendes vorstellen. Und selbstverständlich stellen wir uns immer wieder auf den Prüfstand. Bemerkenswert ist aber schon, dass hier eine Gruppe von Kammergegnern den Versuch unternimmt, unsere Handelskammer als wirksames Sprachrohr der Hamburger Kaufmannschaft zum Schweigen zu bringen.

Meine Damen und Herren, um es unmissverständlich zu sagen: Als Bürger, Unternehmer und gewählter Ehrenamtsträger lasse ich mir das Recht, klar und deutlich im Namen der Hamburger Wirtschaft zu sprechen, von niemandem nehmen. Solche Versuche weise ich – nicht zuletzt mit Blick auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung – mit Entschiedenheit zurück. Ich verkenne nicht, dass es sich bei unserer Handelskammer um eine Institution mit gesetzlicher Mitgliedschaft handelt, die bei ihren Äußerungen besondere Sorgfalt walten lassen muss. Das ist für uns selbstverständlich! Ich verkenne auch nicht, dass unsere Handelskammer nicht über ein allgemeinpolitisches Mandat verfügt. Wir haben nie etwas anderes behauptet. Vielmehr haben wir stets das Erfordernis beachtet, bei unseren Aussagen den Bezug zur Wirtschaft herzustellen. Mir ist vorgehalten worden, ich hätte mit meinen Aussagen zur direkten Demokratie, zu den Olympischen Spielen und zur Flüchtlingsproblematik ein allgemeinpolitisches Mandat wahrgenommen und es am Bezug zur Wirtschaft fehlen lassen. Das kann ich nicht nachvollziehen!

Lässt es den notwendigen Bezug zur Wirtschaft vermissen, wenn ich darauf hinweise, dass die Wirtschaft auf stabile Rahmenbedingungen angewiesen ist und dass ein System, in dem mit stetiger Regelmäßigkeit parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse durch Volksentscheide ausgehebelt werden, eine entsprechende Berechenbarkeit vermissen lässt? Lässt es den notwendigen Bezug zur Wirtschaft vermissen, wenn ich darauf hinweise, dass eine Folge des fehlgeschlagenen Olympia-Referendums darin besteht, dass nun elf Milliarden Euro Investitionen nicht nach Hamburg fließen, die wir mit einer Eigenbeteiligung von nur 1,2 Milliarden ausgelöst hätten?

Ja, meine Damen und Herren, lässt es den notwendigen Bezug zur Wirtschaft vermissen, wenn ich darauf hinweise, dass unsere Wirtschaft dringend auf Fachkräfte angewiesen ist und wir deshalb in den Flüchtlingen ein Potenzial für die heimische Wirtschaft sehen, deren professionelle Integration uns am Herzen liegt und zu der wir entscheidende Beiträge leisten? Wenn diese Angriffe am Ende Recht bekommen sollten, dann müssten wir unsere diesbezüglichen Aktivitäten sofort einstellen. Kann das gewollt sein? Es ist der uns vom Bundesgesetzgeber gegebene Auftrag, gemäß § 1 IHK-Gesetz das Gesamtinteresse der uns zugehörigen Gewerbetreibenden zu vertreten und den Gesetzgeber zu beraten, sei es also das Parlament oder neuerdings auch den Volksgesetzgeber. Daran hat grundsätzlich auch die Hamburger Verwaltungsgerichtsbarkeit keinen Zweifel zugelassen und den Auftrag zur Gesamtinteressenvertretung ausdrücklich bejaht. Wir tun dieses auf der Grundlage solider Analysen mit Bezug zur Wirtschaft und mit Empfehlungen, die unsere Gremien demokratisch beschließen. Dabei verwenden wir eine Sprache, die Unternehmer, Bürger und Politiker verstehen. Wenn diese Form der effektiven Politikberatung weiter gewünscht ist, dann fordere ich alle politischen Kräfte dazu auf, diese Funktion der Industrie- und Handelskammern zu sichern, Angriffe auf unsere Gesamtinteressenvertretungsfunktion abzuwehren und, wenn erforderlich, für gesetzliche Klarstellung zu sorgen.

Die Rolle der IHKs ist ein Spiegelbild der Rolle der Wirtschaft in unserer Gesellschaft. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den wohlhabendsten Ländern der Welt. Mit einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von über 60 000 Euro pro Kopf ist Hamburg das einkommensstärkste Bundesland. Die Gründe für unseren Wohlstand sind vielfältig. Der entscheidende Garant dafür ist unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf den beiden Eckpfeilern Demokratie und Soziale Marktwirtschaft beruht. Beide Bereiche funktionieren nach den gleichen Grundprinzipien: Freiheit und Wettbewerb, die durch den Rechtsstaat abgesichert werden. Diese bedingen und durchdringen sich gegenseitig. Die Demokratie braucht die Marktwirtschaft, weil hier nicht nur individueller Wohlstand entsteht, sondern auch weil in der Marktwirtschaft die Mittel für ein starkes Gemeinwesen und für den Sozialstaat erwirtschaftet werden. Unsere Soziale Marktwirtschaft hat ihre Leistungsfähigkeit nachhaltig unter Beweis gestellt. Der klägliche Untergang der sozialistischen Wirtschaftssysteme hat eindrücklich gezeigt, dass Markt und Wettbewerb die stärksten Garanten für Wohlstand und Fortschritt sind. Dennoch ist das Vertrauen in die Marktwirtschaft in Deutschland vergleichsweise schwach ausgeprägt. Verschiedene Studien zeigen, dass die Mehrheit der Bürger der Marktwirtschaft eher kritisch gegenübersteht. Wissenschaftler attestieren der Mehrheit der deutschen Bevölkerung schwerwiegende Wissenslücken über ökonomische Fakten und Zusammenhänge.

Ich halte daher die ökonomische Bildung für außerordentlich wichtig. Wer unsere Gesellschaft verstehen will, muss wissen, wie unsere Wirtschaft funktioniert. Das muss schon in der Schule beginnen. Unsere Handelskammer setzt sich darum seit Jahren für ein Schulfach Wirtschaft ein. Weil dieser Ruf bislang vergeblich ertönt, bietet unsere Handelskammer mit der „Jungen Akademie“ Jugendlichen samstags eine Zusatzqualifikation im Bereich Wirtschaft an. Dies wird gut angenommen, es ist aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Hier bleibt die Schulbehörde gefordert, Herr Senator Rabe.

Auch in der Politik sind ökonomischer Sachverstand und Erfahrungen in der Wirtschaft nur selten zu finden. Im aktuellen Bundestag sitzen nur noch 35 Unternehmer. Und in der Bundesregierung verfügt nur ein einziges Mitglied über Führungserfahrung in einem Unternehmen. In diesem Umfeld halte ich es für dringend notwendig, dass es einen starken und unabhängigen Fürsprecher der Wirtschaft gibt. Diese wichtige Funktion übernehmen unsere Handelskammer und die weiteren 78 Industrie- und Handelskammern in ganz Deutschland. Natürlich haben wir auch den Auftrag, die Berufsbildung zu organisieren und die gewerbliche Wirtschaft zu fördern. Dafür setzen wir uns nachhaltig ein. Aber der im IHK-Gesetz an erster Stelle genannte Auftrag ist es, den Gesetzgeber zu beraten. Wir tun dies mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen so mitzugestalten, dass das gesamtwirtschaftliche Ergebnis zum Nutzen aller Bürger so gut wie möglich ausfällt. Auch wenn unsere Politikberatung nicht immer auf offene Ohren trifft, bin ich doch davon überzeugt, dass unter dem Strich Politik, Verwaltung und in weiten Teilen auch die Öffentlichkeit die Expertise, das Know-how und den Rat der Kammer zu schätzen wissen. Ein Beweis hierfür unter vielen ist, dass wir seit Jahrzehnten die Bürgermeister, Senatoren und viele weitere Repräsentanten aus Politik und Verwaltung immer wieder zu dieser Traditionsveranstaltung begrüßen können.

Heute werde ich auf sechs Punkte eingehen, die von besonderer Bedeutung für die Hamburger Wirtschaft sind:

1. Die Bedrohung des weltweiten Freihandels,
2. die akute Gefahr für das Projekt Europa,
3. die Chancen des technischen Fortschritts in den Bereichen Digitalisierung, E-Mobilität und 3-D-Druck,
4. die Herausforderungen der Standortpolitik,
5. der Stand bei der Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit sowie
6. die Arbeit unserer Handelskammer nach der Reorganisation im letzten Jahr.

„Je größer der Markt, desto größer der Wohlstand für alle“ hat bereits Adam Smith, der Begründer der modernen Volkswirtschaftslehre, vor mehr als 225 Jahren festgestellt. Diese Erkenntnis scheint in vielen Nationen, die seit jeher zu den Befürwortern und Treibern des weltweiten Freihandels und der Globalisierung gehören, neuerdings in Vergessenheit zu geraten. Das Jahr 2016 könnte aus Sicht der Hamburger Wirtschaft als ein Jahr in die Geschichte eingehen, in der Globalisierung und Freihandel in eine Legitimationskrise geraten sind und empfindliche Rückschläge hinnehmen mussten. Für die Hamburger Wirtschaft ist das hoch problematisch. Als Logistikkreuzung und Außenwirtschaftsplatz gehört Hamburg zu den Standorten, die im besonderen Maße auf offene Märkte angewiesen sind.

Drei Entwicklungen in den weltweiten Wirtschaftsbeziehungen sind für die Hamburger Wirtschaft von besonderer Bedeutung:

1. Der anhaltende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und die daraus resultierenden sanktionsbedingten Nachteile für die norddeutsche und die Hamburger Wirtschaft,
2. die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA, insbesondere die Debatte um TTIP und die Unsicherheit über den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs der USA nach den Präsidentschaftswahlen,
3. der Brexit und seine Folgen für die europäische Integration und die Hamburger Wirtschaft.

Auf diese drei Tendenzen werde ich näher eingehen. Die gegenseitigen Sanktionen zwischen Russland und der EU haben spürbar negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Norddeutsche und Hamburger Unternehmen tragen dabei besonders hohe Lasten. Seit die Sanktionen im Frühjahr 2014 eingeführt wurden, gingen die norddeutschen Exporte nach Russland um 47 Prozent zurück, bundesweit dagegen nur um 37 Prozent. Die norddeutschen Seehäfen haben durch die Beschränkungen mit teilweise erheblichen Umschlagseinbrüchen zu kämpfen. Natürlich erkennt die Wirtschaft das Primat der Politik in diesem Konflikt an. Der Dialog mit Russland muss aber auf allen Ebenen intensiviert werden, damit Spielraum entsteht, die Sanktionen wieder abzubauen. Unser Büro in St. Petersburg leistet herausragende Arbeit, damit unsere Wirtschaftskontakte in dieser schwierigen Zeit nicht abreißen.

Ein weiterer Rückschlag für den Welthandel und die globale Wirtschaft droht von der Entwicklung der transatlantischen Beziehungen. Es mag ja Leute geben, die meinen, dass

ich zum Ergebnis des amerikanischen Wahlkampfes als Handelskammerpräsident nichts Offizielles sagen darf. Mach' ich auch nicht.

Stattdessen erzähle ich Ihnen lieber einen Witz!

Ein Amerikaner, ein Russe und der Hamburger Kammerpräsident streiten, in wessen Vaterland größere Freiheit herrscht.

„Angenommen, Gospodin“, sagt der Amerikaner, „ich schreibe ans Weiße Haus: ‚Präsident und Regierung der USA sind komplette Hornochsen!‘ Was passiert mir? Nichts.“

„Brüderchen, Brüderchen!“ lacht der Russe. „Wenn ich schreibe genau diesen Satz an Kreml: Was passiert mir? Auch nichts!“

Kommt die Reihe an den Hamburger Kammerpräsidenten: „Wenn ich diesen Satz vor der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns sagen würde, würden die Kammergegner wegen angeblicher Kompetenzüberschreitung das Verwaltungsgericht anrufen!“

Wo die USA und Europa sich auf den Weg gemacht hatten, durch Gemeinsamkeit ihre Rolle in einer sich rasch wandelnden Welt zu behaupten, droht nun durch das mögliche Scheitern von TTIP das Gegenteil! Bei diesem Freihandelsabkommen geht es darum, Zölle und andere Handelsbarrieren im transatlantischen Handel zwischen der EU und den USA abzubauen, Einschränkungen für kommerzielle Dienstleistungen zu verringern, Investitionssicherheit und Wettbewerbsgleichheit zu verbessern und den Zugang zu öffentlichen Aufträgen in beiden Wirtschaftsräumen zu vereinfachen. Für ein Land, das wie Deutschland seinen Wohlstand in hohem Maße dem Freihandel verdankt und dessen Exportwirtschaft boomt, eigentlich ein selbstverständliches Ziel. Doch es gerät zunehmend unter die Planierraupe des Populismus beiderseits des Atlantiks. Auf welche Weise Hühnchen desinfiziert werden, hat bis vor Kurzem so gut wie keinen Verbraucher interessiert. Die amerikanische Methode wird sogar von vielen Hygieneexperten als überlegen angesehen. Ebenso verhält es sich mit dem Verbraucherschutz insgesamt, der in vielen Bereichen jenseits des Atlantiks ein höheres Niveau erreicht hat als in Europa. Eine Angleichung sollte daher erstrebenswert sein. Auch der Umstand, dass Deutschland in den letzten 50 Jahren mit über 130 Staaten bilaterale Investitionsschutzabkommen geschlossen hat, hält die TTIP-Gegner nicht davon ab, diese nun als Teufelszeug zu deklarieren.

Selbstverständlich müssen wir die irrationalen Ängste vor Fremdbestimmtheit und der Komplexität der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtung ernst nehmen, vor allem aber müssen wir die Vorzüge offener Märkte immer wieder erklären.

So freuen sich die Menschen, dass sie hohe Einkommen durch den Export deutscher Qualitätsprodukte in alle Welt erzielen. Zugleich werden viele Produkte erst durch Importe für breite Bevölkerungsschichten erschwinglich. Viele Menschen rechnen diese Ergebnisse aber offenbar nicht den internationalen Freihandelsabkommen zu. In dieser Situation müssen Wirtschaft und Politik Rückgrat zeigen. Der Antiglobalisierungsrhetorik müssen Fakten und ein klares Bekenntnis zum Freihandel entgegengesetzt werden. Die Hamburger Wirtschaft hat nach wie vor großes Interesse am Abschluss von TTIP. Die USA sind der wichtigste Außenhandelspartner Deutschlands und die Nummer fünf beim Containerverkehr des Hamburger Hafens. 950 Hamburger Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten, 120 US-Firmen haben Niederlassungen in unserer Stadt. Darum appelliere ich an die Verantwortlichen, das Abkommen nicht vorschnell aufzugeben und die amerikanische Seite so bald wie möglich an den Verhandlungstisch zurückzubekommen. Ich hege die Hoffnung, dass der neue amerikanische Präsident seine angekündigte wirtschaftliche Abschottungspolitik nicht umsetzen wird, denn auch die US-Wirtschaft ist ja darauf angewiesen, ihre Produkte auf den Weltmärkten abzusetzen. Geben wir dem neuen amerikanischen Präsidenten also eine Chance. Hamburgs Wirtschaft wünscht sich Berechenbarkeit und „Kooperation statt Isolation, Mr. Trump!“.

Zwischen den Polen Kooperation und Isolation bewegt sich auch die Diskussion, die seit dem 23. Juni dieses Jahres über den sogenannten Brexit geführt wird. Für die europäische Wirtschaft handelt es sich bei dem Ergebnis des Referendums um eine Fehlentscheidung von historischem Ausmaß, da bin ich mir mit den Vertretern der britischen Wirtschaft, die uns im Oktober anlässlich der Morgensprache besuchten, einig. Wieder einmal ein Beispiel praktizierter direkter Demokratie, zu der ich mich ja nicht mehr äußern können soll. Ich denke, Sie können sich denken, was ich an dieser Stelle gesagt hätte. Hamburgs Wirtschaft ist mit dem Vereinigten Königreich sehr eng verbunden. Rund 1 000 Hamburger Unternehmen unterhalten mit dem Vereinigten Königreich Geschäftsbeziehungen, davon rund 200 mit eigenen Vertretungen, Niederlassungen oder Produktionsstätten auf der Insel. Hamburg hat im vergangenen Jahr Waren im Wert von 5,6 Milliarden Euro nach Großbritannien exportiert und Waren im Wert von 3,7 Milliarden Euro importiert. Damit ist das Vereinigte Königreich weltweit der viertwichtigste Wirtschaftspartner der Hamburger Wirtschaft. Hiesige Firmen, die Geschäfte in und mit Großbritannien machen, werden sich auf mittlere Sicht auf verschlechterte Rahmenbedingungen im Außenhandel, bei der Entsendung von Mitarbeitern und bei Investitionsentscheidungen einstellen müssen. Mit dem bevorstehenden Brexit sind natürlich auch Chancen verbunden: Für unsere Stadt eröffnet sich zum Beispiel die Aussicht, bislang in Großbritannien operierende Unternehmen – zum Beispiel im Schifffahrtssektor und in der Finanzbranche – oder europäische Behörden mit

Sitz in Großbritannien – zum Beispiel die Europäische Arzneimittelagentur – für den Standort Hamburg zu gewinnen. Lassen Sie uns am Ende aber darauf setzen, dass die engen Beziehungen zwischen Hamburg und England, die deutlich älter sind als die Europäische Union, auch in Zukunft Bestand haben werden. Der Brexit ist aber nicht nur ein Debakel für Großbritannien und ein Erschwernis für die kontinentaleuropäische Wirtschaft – er ist vor allem auch ein Weckruf für Europa! Wird die von Großbritannien ausgehende Warnung in den Wind geschlagen, besteht die Gefahr, dass das britische Beispiel Schule macht.

Dabei sollte allen klar sein: Nur in einem starken und möglichst großen europäischen Binnenmarkt werden wir unseren Wohlstand erhalten und im globalen Wettbewerb bestehen können. Damit dieser Europäische Binnenmarkt erhalten werden kann, wird es aber erforderlich sein, die lange aufgeschobenen Reformen der EU endlich entschlossen in Angriff zu nehmen.

Mit großer Sorge stelle ich fest, dass entsprechende Aktivitäten in Brüssel nicht zu verzeichnen sind! Nach dem Weckruf erscheint es mir so, als ob man kurz erwogen hätte aufzustehen, um sich dann doch für die Schlummertaste zu entscheiden. Das ist gefährlich, weil es im Gebälk seit langer Zeit schwelt – von Spanien über Frankreich bis nach Italien. Die Frage ist längst: Wie kann das europäische Projekt gerettet werden?

Die notwendigen Maßnahmen sollten zu einer Konzentration auf das Wesentliche führen. Das Europäische Parlament ist zu stärken, der Binnenmarkt und die gemeinsame Außenwirtschaftspolitik müssen weiterentwickelt und die Stabilitätskriterien müssen zwingend eingehalten werden. Auch die EZB benötigt einen Weckruf, um einen Ausweg aus der Nullzinspolitik zu finden. Längst kann die Zentralbank mit ihrer Politik des billigen Geldes keine Lösungen mehr bieten. Vielmehr ist sie Teil des Problems geworden. Statt das Zinsgeschenk zu nutzen, haben sich die Krisenländer zum Nulltarif noch höher verschuldet. Sie sitzen nach wie vor auf enormen Schuldenbergen, leiden unter geringer Wettbewerbsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und maroden Banken. Die Niedrigzinspolitik hat die Regierungen dazu verleitet, Reformen nicht in Angriff zu nehmen, weil sie darauf gesetzt haben, die Geldpolitik nehme ihnen das ab. Gleichzeitig führt der niedrige Zins dazu, dass auch die noch gesunden Volkswirtschaften der Eurozone immer mehr in Mitleidenschaft geraten. Die Nullzinspolitik setzt massenhaft Fehlanreize für Märkte, Banken und Unternehmen. Das bekommt auch die Hamburger Wirtschaft zu spüren. Die dringend notwendige Umkehr in der Zinspolitik wird zwar schmerzhaft sein, aber auf dem jetzt eingeschlagenen Weg fortzufahren, führt in unabsehbare Turbulenzen. Das Risiko des Entstehens und Platzens von Blasen steigt. Aber nicht nur wirtschaftspolitische Faktoren bestimmen den Kurs der Weltwirtschaft.

Im globalen Wettbewerb werden die Karten auch immer dann neu gemischt, wenn es Technologiesprünge gibt, die disruptiv wirken. Drei aktuelle Entwicklungen sind für unseren Standort von besonderer Bedeutung: die Digitalisierung, der 3-D-Druck und die Elektromobilität.

Die Disruption gefährdet auch in Hamburg bestehende Geschäftsmodelle, Arbeitsplätze und Gewinnmöglichkeiten. In dieser Situation kommt es darauf an, dass Hamburg die Chancen der Veränderung nutzt. So ist Hamburg im Bereich der Digitalisierung heute bereits besser aufgestellt, als viele wissen. Neben vielen anderen Aktivitäten nenne ich zum Beispiel das „Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0“, um das sich unsere Handelskammer mit einer Reihe von Partnern erfolgreich beworben hat. Es wird vom Bundeswirtschaftsministerium mit vier Millionen Euro gefördert. In unserer „Hamburg School of Business Administration“ wurde in diesem Jahr ein „Digital Innovation Lab“ eröffnet, in dem mittelständische Unternehmen an der Digitalisierung ihrer Geschäftsmodelle arbeiten können. Hinzu kommen viele anderen Initiativen, die von Politik und Verwaltung, den Unternehmen, den Universitäten oder von der vitalen Start-up-Szene getrieben werden.

Vor diesem Hintergrund schlage ich vor, die bestehenden Projekte und Initiativen analog zum „Silicon Valley“ unter eine gemeinsame Dachmarke zu stellen, die nach innen und außen wirken kann. Herr Bürgermeister und Herr Senator Horch, ich würde mich freuen, wenn der Senat diese Idee aufgreifen und unterstützen würde.

Auch bei den neuen Antriebstechnologien müssen wir jetzt einen Zacken zulegen. Die neuen Technologien mit viel Potenzial für Klimaschutz und Luftgüte werden sich nur verbreiten, wenn eine entsprechende Infrastruktur vorhanden ist. Von den für Hamburg geplanten 70 Schnellladestationen für Elektrofahrzeuge wurden erst 4 in Betrieb genommen. Insgesamt stehen mit 240 Ladepunkten weniger als die Hälfte der 600 geplanten Ladepunkte zur Verfügung. Ich wünsche mir, dass bei diesem Thema nun der Regler hochgedreht wird und Hamburg die Rahmenbedingungen für die Elektromobilität schnell verbessert. Elektroantriebe allein werden unsere Mobilitätsprobleme aber nicht lösen. Auch bei dieser Antriebsart gibt es Fragen zur Ökobilanz: Wo kommt der Strom her? Was geschieht mit der Batterie am Ende ihrer Lebenszeit?

Daher sollten auch alternative Antriebstechnologien wie Wasserstoff und Flüssiggas mit Nachdruck vorangetrieben werden. Hamburg hat dabei gute Ausgangsbedingungen, denn wir sind als Sitz der Wasserstoffgesellschaft und mit vielen Anwendungsbeispielen sehr gut aufgestellt. Der chinesische Minister für Wissenschaft und Technologie, Professor Wan

Gang, hat anlässlich des Hamburg Summit vorgeschlagen, dass Shanghai hier gemeinsam mit Hamburg vorangeht.

Mit dem 3-D-Druck dringt die Digitalisierung vom virtuellen Raum in den Bereich der Materie vor. Das wird Auswirkungen auf die Industrie und die globalen Warenströme haben. Um das Thema in der Breite der Unternehmen zu verankern, sollte ein Demonstrationszentrum eingerichtet werden, in dem der 3-D-Druck erlebt und ausprobiert werden kann. Außerdem sollte das Thema 3-D-Druck fester Bestandteil der schulischen, dualen und universitären Ausbildung – bis hin zur Einrichtung entsprechender Studiengänge – werden. Technische Neuerungen wie Digitalisierung und 3-D-Druck stellen etablierte Unternehmen vor große Herausforderungen, da eingefahrene Strukturen und Prozesse durch neue ersetzt werden müssen. Das ist mit Kosten verbunden und setzt Widerstände frei. Start-ups können hier viel flexibler agieren und spielen daher eine wichtige Rolle bei der Diffusion von Innovationen in die Strukturen am Standort. Deshalb gilt es, die Gründungslandschaft in Hamburg weiter zu verbessern.

Nach wie vor nimmt Hamburg im deutschen Gründungsgeschehen einen der vordersten Plätze ein. Jedoch lässt sich bei den Gründungen bundesweit ein Abwärtstrend beobachten, von dem auch Hamburg betroffen ist. Doch gerade jetzt, da vor dem Hintergrund des umfassenden technologischen Wandels eine neue Gründerzeit anbricht, müssen wir uns diesem Trend entgegenstemmen. Unser zum zweiten Mal sehr erfolgreich durchgeführter App Contest mit 109 Einreichungen hat gezeigt, welches Potenzial in unserer Stadt steckt. Auch Schüler haben sich dabei hervorgetan.

Bei der Förderung der Gründungsszene geht unsere Handelskammer mit gutem Beispiel voran. In diesem Jahr haben wir über 8 500 Beratungen von Gründern durchgeführt. 1 700 Gründer nahmen an unseren Veranstaltungen teil und über 1 200 Gründer haben sich in unserer virtuellen Gründungswerkstatt registriert. Aus guten Gründen sind diese Aktivitäten für die Teilnehmer kostenlos, das heißt, sie sind beitragsfinanziert und damit Ausdruck der Solidargemeinschaft Handelskammer.

Um die Szene noch enger zu vernetzen, wollen wir im kommenden Jahr für die zahlreichen sogenannten Coworking Spaces in Hamburg, die vielen Gründern eine Infrastruktur und inspirierendes Arbeitsumfeld bieten, den Coworking Club ins Leben rufen. Hier soll Austausch zwischen den Betreibern stattfinden und gemeinsam daran gearbeitet werden, Hamburg als attraktiven Standort für Gründer noch besser zu vermarkten.

Eine weitere Möglichkeit, Ideen für neue Produkte und Geschäftsmodelle zu generieren und Gründungen anzustoßen, ist die Intensivierung des Technologietransfers. „Feuer und Flamme für Wissenschaft und Innovation“ war das Motto meiner Vorjahresrede. Mit Freude stelle ich fest, dass Wissenschafts- und Wirtschaftsbehörde seither einige erfreuliche Aktivitäten entfaltet haben. Das gilt zum einen für die Stärkung der TU, zum anderen für die Schaffung von „Hamburg Innovation Parks“, die auf einem Vorschlag unserer Handelskammer beruhen. In diesen Technologieparks nutzen Wissenschaft und technologieorientierte Unternehmen eine gemeinsame Infrastruktur. So werden Innovationen und Technologietransfer erleichtert. Inzwischen wurden für drei Innovationsparks in Altona, Bergedorf und Harburg Flächen identifiziert und Teilkonzepte entwickelt. Ich rufe den Senat und die Bürgerschaft dazu auf, nun Nägel mit Köpfen zu machen und die vorliegenden Pläne umzusetzen.

Bleiben wir beim Standort Hamburg. Eine der viel zitierten Stärken der Hamburger Wirtschaft ist und bleibt der Hamburger Hafen. In den vergangenen Jahren hatte der Hafen mit einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen. Zu nennen sind die anhaltende Verschlickung, das langsamere Wachstum in China und das Embargo gegen Russland. Hinzu kommen Probleme im Hinterlandverkehr aufgrund des jahrelangen Investitionsstaus bei der Infrastruktur. Die Stichworte hierzu lauten Nord-Ostsee-Kanal, Rader Hochbrücke und die ehemalige Y-Trasse. Und über allem schwebt das Damoklesschwert der Fahrrinnenanpassung. Ich halte den Ausgang des Verfahrens für eine Schicksalsfrage nicht nur für den Hamburger Hafen, sondern auch für die Wirtschaft der Metropolregion und die gesamte außenhandelsorientierte Wirtschaft Deutschlands. Aber immerhin zeichnet sich hier ein Ende ab. Das Leipziger Bundesverwaltungsgericht hat mitgeteilt, dass am 9. Februar endlich eine Entscheidung verkündet werden soll. Ich danke den Planungsbehörden für die Arbeit der letzten Jahre, auch wenn die Vorbereitung der Verhandlung offenbar nicht in allen Punkten optimal war. Hoffen wir, dass in wenigen Wochen die 15-jährige Odyssee zu Ende geht. Diese jahrelange Hängepartie sollte einmal mehr Anlass sein, unsere Planungs- und Entscheidungsprozesse grundsätzlich zu überdenken. Sonst gefährden wir unsere Wettbewerbsfähigkeit!

Glücklicherweise hat unser Hafen nach wie vor eine Reihe von schwer schlagbaren Wettbewerbsvorteilen: Ich nenne zum Beispiel die Lage über 130 km von der eigentlichen Küste entfernt dicht an den Ziel- und Quellmärkten, die hervorragenden Hinterlandverbindungen – insbesondere auf der Schiene –, die hohe Quote an lokalem Frachtaufkommen und die weitgehende Akzeptanz in der Bevölkerung. Es fehlt aber ein überzeugendes Zukunftskonzept, das auf diese Stärken aufbaut. Wir sollten zügig damit

beginnen, ein solches Konzept zu entwickeln. Unsere Handelskammer wird sich gerne daran beteiligen.

Was den Erhalt und Ausbau der Hinterlandverbindungen angeht, so bietet der im Frühjahr dieses Jahres vorgelegte Entwurf des Bundesverkehrswegeplans durchaus Anlass zur Freude. Er trägt den besonderen Anforderungen an die Erreichbarkeit unseres Hafens angemessen Rechnung. Insbesondere die Aufnahme des Ausbaus der A1 und der A7 sind erfreulich. Darüber hinaus sieht es so aus, als ob auch die A26-Ost – ehemals Hafenquerspange – nach mehreren Dekaden der Planung endlich Realität wird.

Die Freude über die positive Entwicklung beim Bundesverkehrswegeplan wird leider erheblich durch die innerstädtische Verkehrssituation getrübt. Einer aktuellen Umfrage unserer Handelskammer zufolge beurteilen 73 Prozent der Mitgliedsunternehmen die aktuelle Verkehrssituation als schlecht. 63 Prozent der Unternehmen finden, dass die Baustellen nicht gut koordiniert werden. Natürlich freut sich die Wirtschaft über Investitionen in die Infrastruktur und umfangreiche Maßnahmen zum Ausbau und zum Erhalt der Straßen. Aber muss denn alles gleichzeitig und ohne für den Beobachter erkennbare Koordination erfolgen? Wir schlagen vor, die Anstrengungen bei der Abstimmung der Baumaßnahmen deutlich zu intensivieren. Dazu gehört die enge Abstimmung mit den Nachbarländern, die Einbeziehung der Bezirksstraßen in die Koordination und dort, wo es möglich und geboten ist, auch die Ausweitung der Arbeitszeiten auf den Baustellen. Warum soll es in einer Metropole wie Hamburg nicht möglich sein, an neuralgischen Punkten verstärkt auch am Abend, nachts oder an den Wochenenden die Bauarbeiten voranzutreiben?

Ein gutes Beispiel dafür, dass eine Baustellenkoordination durchaus gelingen kann, ist die erfolgreiche Arbeit des Koordinators für die A7-Baustelle. Ich würde mich freuen, wenn dieses Vorgehen auch bei den anstehenden umfangreichen Bauvorhaben im Süderelberaum zum Tragen käme. Mit gespannter Erwartung nehmen wir die vorgestern verkündeten Aktivitäten des Senats zur Kenntnis und bieten gerne die Unterstützung der Wirtschaft an.

Ein zweites Thema im Bereich des innerstädtischen Verkehrs, bei dem sich der Senat selber das Leben schwer macht, ist die Radverkehrspolitik. Die Erhöhung des Radverkehrsanteils würde zur Entlastung des ÖPNV und bei richtiger Ausgestaltung auch des Straßenverkehrs beitragen. Die kritische Frage ist nur, „wo“ und „wie“ dieses Ziel erreicht werden kann. Die Verlegung von Radwegen vom Bürgersteig auf die Fahrbahn im Bereich von Hauptverkehrsstraßen gefährdet die Radfahrer und behindert den Wirtschaftsverkehr. Aus Sicht der Wirtschaft ist es dringend erforderlich, dass die Leistungsfähigkeit der

Hauptverkehrsstraßen nicht weiter eingeschränkt wird. In Zukunft sollte der Radverkehr daher auf Tempo-30-Nebenstraßen ausgebaut werden, die mehr als die Hälfte des Straßennetzes ausmachen. Außerdem sollte der Senat nicht vorschnell Fakten schaffen. Die Radverkehrspolitik muss im Einvernehmen mit allen Betroffenen vorangetrieben. Dazu gehören auch der motorisierte Individualverkehr, der Wirtschaftsverkehr, die Taxis, der ÖPNV und die Fußgänger. Herr Senator Horch, ich schlage eine echte Allianz für den Radverkehr vor. Lassen Sie uns dies gemeinsam angehen!

Und schließlich sollten wir beim innerstädtischen Verkehr und der Stadtentwicklung auch visionären Ideen nachgehen. Unsere Handelskammer hat in diesem Jahr vorgeschlagen, die heute sechsspurige Willy-Brandt-Straße unter die Erde zu verlegen. Wir glauben, dass so die tiefe Kluft zwischen City und HafenCity geschlossen werden könnte. Die Grundidee ist nicht neu. Das Entscheidende an unserem Konzept ist, dass der Tunnel so gebaut werden könnte, dass gleichzeitig über 200 000 Quadratmeter Fläche in neuen Büro- und Wohngebäuden entstehen. Das würde dazu führen, dass ein Großteil der Baukosten durch neu entstehende Bodenwerte gegenfinanziert werden könnte. Ich würde mich freuen, wenn der Senat diese Überlegungen ernsthaft in Erwägung zieht und im nächsten Schritt eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben würde.

Neben dem Erhalt und dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bleibt die ausreichende Versorgung der Hamburger Wirtschaft mit Industrie- und Gewerbeflächen eine Daueraufgabe. Durch die anhaltende Attraktivität Hamburgs für junge Menschen und den Zuzug von Flüchtlingen entsteht zunehmender Siedlungsdruck. Flächen für den Wohnungsbau werden knapp. Gleichzeitig ist die Zahl von Neuausweisungen von Gewerbeflächen nach wie vor zu niedrig. Es ist schön, dass Hamburg für so viele Menschen ein attraktiver Wohnort ist. Es ist aber wichtig, dass sich Wohnungsbau und Gewerbeflächenentwicklung mittelfristig die Waage halten. Denn die Hamburger Neubürger wollen ja nicht nur in der Stadt wohnen, sondern möglichst auch hier arbeiten! Daher ist ein sorgfältiger Interessenausgleich zwischen den konkurrierenden Nutzungsmöglichkeiten dringend erforderlich. Unsere Handelskammer wird daran auch in Zukunft gerne mitwirken. Hierzu bereiten wir derzeit gemeinsam mit den zuständigen Fachbehörden der Stadt ein „Bündnis für Gewerbeflächen“ vor. Ich hoffe sehr, dass dieses Bündnis im nächsten Jahr an den Start gehen wird.

Erfreulich beim Thema Gewerbeflächen ist die Weiterentwicklung der von der Stadt und den beiden Kammern getragenen Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung zur Investmentgesellschaft. In Zukunft wird die HWF eigenständig Flächen vergeben können.

Damit geht ein langgehegter Wunsch unserer Handelskammer in Erfüllung. Unternehmen, die sich erweitern, verlagern oder neu ansiedeln wollen, werden es positiv spüren. Wichtig wird es sein, der Gesellschaft ein attraktives Portfolio an Flächen zur Verfügung zu stellen. Hamburg ist das wirtschaftliche Kraftzentrum im Norden Europas. Trotz dieser Stärke ist Hamburg mit seinen 1,8 Millionen Einwohnern im globalen Wettbewerb um Fachkräfte, Investitionen und Touristen zu klein. Daher ist es gut, dass sich Hamburg zusammen mit den umliegenden Bundesländern und Landkreisen als Metropolregion aufgestellt hat. Diese ist heute ein Wirtschaftsraum mit 5,2 Millionen Einwohnern und einer Wirtschaftsleistung, die in etwa den Volkswirtschaften von Portugal oder Belgien entspricht. Damit verfügen wir über die kritische Größe für den internationalen Standortwettbewerb. Wie aber steht es bei anderen wichtigen Wettbewerbsfaktoren?

Eine Analyse unserer Handelskammer, die im Januar veröffentlicht wird, vergleicht unsere Metropolregion mit anderen deutschen Ballungsräumen. Vor dem Hintergrund unserer besonderen Chancen aus der deutschen Wiedervereinigung, der EU-Ostererweiterung und der Globalisierung sollte man vermuten, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg nachhaltig verbessert hat. Die nüchterne Analyse zeigt jedoch, dass wir in den letzten 15 Jahren keinen Boden im Vergleich zu unseren deutschen Mitbewerbern gutgemacht haben. Bei Produktivität und Innovationen zum Beispiel liegt die Metropolregion nach wie vor auf dem letzten oder vorletzten Platz von sieben deutschen Vergleichsregionen. Wichtige Chancen, sich im Standortwettbewerb abzusetzen, wie die Transrapidverbindung Hamburg–Berlin oder die Bewerbung um Olympische Sommerspiele, konnten nicht realisiert werden. Auch bedeutende Infrastrukturvorhaben – die weitere Elbquerung, die Fahrrinnenanpassung der Unterelbe – harren der Umsetzung. Doch es gibt auch positive Signale: Mit der Elbphilharmonie steht eine Landmarke vor der Eröffnung, die das Potenzial hat, weltweit als Signal für eine aufstrebende Region zu wirken.

Die Untersuchung zeigt auch, dass die Metropolregion ein guter Nährboden für die breit differenzierte mittelständische Wirtschaft ist. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg zu steigern und zur dynamischsten Region in Nordeuropa zu werden, schlagen wir eine Wachstumsinitiative vor. Diese sollte beinhalten:

1. Ein fokussiertes Standort-Marketing,
2. eine verstärkte und in der Region partnerschaftlich abgestimmte Ansiedlungspolitik,
3. eine grenzüberschreitende Infrastrukturplanung aus einem Guss,
4. einen einheitlichen Bildungsraum mit kompatiblen Schulsystemen und Lehrplänen sowie die Möglichkeit des grenzüberschreitenden Schulbesuchs in allen Schulformen, einschließlich Berufsschulen.

5. Last but not least: Einheitliche Verwaltungsangebote für die Bevölkerung und die Unternehmen in der ganzen Metropolregion Hamburg, unabhängig von Landes- und Kreisgrenzen.

Bei der Umsetzung dieser Ziele wird die neue institutionelle Grundlage der Metropolregion sehr nützlich sein. Ab dem nächsten Jahr werden neben den vier Bundesländern und den 17 Landkreisen der Region auch die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern sowie die Unternehmensverbände und der DGB zu Trägern der Metropolregion. Wirtschaft, Verwaltung und Politik bilden dann eine gemeinsame Struktur.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
unsere Handelskammer hat fast zwanzig Jahre darauf hingearbeitet, die Metropolregion aktiv mitgestalten zu können. Am 27. Februar kommenden Jahres ist es nun soweit! Lassen Sie uns die genannten Aufgaben gemeinsam und mit ganz konkreten Projekten angehen.

Ich komme nun zum fünften und vorletzten Schwerpunkt meiner diesjährigen Rede, der bereits vor einem Jahr ein wichtiges Thema war: dem Flüchtlingszustrom. Erfreulicherweise hat sich die Lage inzwischen etwas entschärft. Dennoch bleibt die dauerhafte Integration der Geflüchteten in unsere Gesellschaft eine große Herausforderung. Ich bin nach wie vor der festen Überzeugung, dass die Integration nur durch Bildung, Ausbildung und Arbeit gelingen kann. In diesem Jahr hat sich sehr viel getan. Die Änderung wichtiger gesetzlicher Rahmenbedingungen und das inzwischen eingespielte Handeln der Verwaltung bei Fragen von Versorgung, Unterbringung und Qualifizierung tragen dazu bei, eine gute Erstintegration der Menschen zu gewährleisten. Private und staatliche Strukturen arbeiten dabei zunehmend Hand in Hand und gehen die Herausforderungen gemeinsam an. Ein gutes Beispiel ist das mehr und mehr Tritt fassende Projekt „W.I.R. – work and integration for refugees“ – unter der Federführung der Sozialbehörde.

Auch unsere Handelskammer leistet ihren Beitrag. Im Rahmen unseres 6-Punkte-Plans haben wir in diesem Jahr zahlreiche Aktivitäten entfaltet. Zu nennen sind zum Beispiel fünf Marktplätze der Begegnung hier in diesem Saal. Bei diesen Veranstaltungen kamen über 5 000 Flüchtlinge mit über 200 Unternehmen in Kontakt. Es wurden Verabredungen über Praktika, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten getroffen. Außerdem haben wir für über 450 Flüchtlinge eintägige Bewerbertrainings durchgeführt. Es wurden Kenntnisse über den deutschen Arbeitsmarkt vermittelt und Bewerbungsunterlagen erarbeitet.

Ein vielversprechendes Projekt ist auch die Kompetenzfeststellung. Viele Flüchtlinge haben in ihrer Heimat keine Ausbildung absolviert, aber durchaus Berufserfahrung gesammelt. Wir geben ihnen die Gelegenheit, unter den kritischen Augen von Prüfern unserer Handelskammer ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Im Anschluss erhalten die Flüchtlinge ein Zertifikat und werden an Unternehmen vermittelt. Das Pilotprojekt für Gastronomieberufe im August 2016 war ein voller Erfolg und soll 2017 ausgebaut werden. Übrigens werden alle genannten Leistungen durch unsere Handelskammer unentgeltlich erbracht und zum größten Teil durch Ihre Pflichtbeiträge finanziert – ein weiteres Beispiel für die gelebte Solidargemeinschaft Handelskammer.

Bei der Integration wird es auch in Zukunft darauf ankommen, dass private Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen den Prozess tatkräftig unterstützen, wie es schon in der Vergangenheit geschehen ist. Ohne das große ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung ist die Herausforderung nicht zu bewältigen. Ich möchte daher allen danken, die sich für die Integration eingesetzt haben und einsetzen. Ich bitte Sie: Lassen Sie in Ihren Anstrengungen nicht nach!

Meine Damen und Herren,

die Herausforderungen für die Hamburger Wirtschaft, die sich aus politischen, technologischen und ökonomischen Entwicklungen in der Welt, in Deutschland und in Hamburg ergeben, sind enorm. Unsere Handelskammer dient ihren Mitgliedern als Berater und Unterstützer beim Umgang mit Veränderungen. Dabei musste sich die Organisation immer wieder den veränderten Rahmenbedingungen und Bedürfnissen der Mitglieder anpassen.

Im Zuge der Anfang 2015 durchgeführten Reorganisation hat unsere Handelskammer sich mitgliederorientierter und schlagkräftiger aufgestellt. Unser neuer Markenkern bringt auf den Punkt, wofür unsere Organisation steht: „Unternehmen beraten, Interessen bündeln, Menschen bilden“. Unsere größte Herausforderung ist, diese Aktivitäten und ihren Nutzen für die Hamburger Wirtschaft immer wieder neu an die Mitglieder heranzutragen. Dazu haben wir 2016 im Rahmen eines Projekts unter dem Motto „Ran ans Mitglied!“ unter anderem 5 000 Mitgliedsunternehmen besucht. Zugleich haben wir mit unserer neuen Veranstaltungsreihe „Handelskammer vor Ort“ in diesem Jahr bei 80 Veranstaltungen in den Stadtteilen und Bezirken fast 4 000 Mitglieder erreicht.

Auch unsere Mitgliederkommunikation haben wir 2016 systematisch neu aufgestellt. Unsere neu gestaltete Website hk24.de führt den Nutzer mit Zielgruppeneinstiegen und einem

stärkeren Fokus auf geldwerte Vorteile der Mitgliedschaft schneller zum Ziel. Zeitgleich haben wir unser bewährtes Handelskammer-Magazin „Hamburger Wirtschaft“ grundlegend modernisiert und von den Lesern dafür sehr gute Noten erhalten. Bereits zu Beginn des Jahres haben wir mit „Handelskammer Plus“ ein weiteres Zeitungsformat eingeführt, das sich speziell an Kleingewerbetreibende richtet und ihnen ganz konkret an Praxisbeispielen erklärt, was sie von ihrer Mitgliedschaft haben. Außerdem gibt es seit Mitte des Jahres neue zentrale Social-Media-Kanäle unserer Handelskammer auf Twitter und Facebook, die sich bisher sehr positiv entwickeln und weitere gute Dialogmöglichkeiten zwischen Mitgliedern und Kammer erzeugen.

Nicht nur durch Veränderungen in der Organisation, der Kommunikation und mit neuen Veranstaltungsformaten konnten wir im laufenden Jahr Zeichen setzen. Auch inhaltlich haben wir an vielen Themen gearbeitet, die unseren Standort und unsere Mitgliedsunternehmen voranbringen werden. Wir haben zum Beispiel Standpunktetapiere zur Zukunft der Innenstadt und zur neuen Mitte Altona sowie zur Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion erarbeitet, einen 5-Punkte-Plan zum Radverkehr entwickelt und gemeinsam mit dem Senat das von uns finanziell aus Pflichtbeiträgen unterstützte Azubi-Wohnheim in Wandsbek eröffnet. Im Bereich der Berufsausbildung konnten wir das hohe Niveau des Jahres 2015 halten und über 9 100 Ausbildungsverträge neu eintragen.

An dieser Stelle danke ich unseren Ausbildungsbetrieben und den vielen ehrenamtlichen Prüfern für ihr Engagement! Sie leisten einen wichtigen Beitrag dafür, unsere Wirtschaft mit den benötigten Fachkräften zu versorgen und den Standort fit für die Zukunft zu machen.

Die duale Ausbildung ist weiterhin attraktiv, das hat auch wieder einmal die Hanseatische Lehrstellenbörse gezeigt, an der mehr als 10 000 jugendliche Besucher und über 125 Ausbildungsbetriebe teilnahmen. Ein Höhepunkt im Kammerjahr war vor wenigen Wochen der „Hamburg Summit: China meets Europe“, an dem rund 550 Vertreter der europäischen und der chinesischen Wirtschaft, unter anderem die stellvertretende chinesische Ministerpräsidentin Liu Yandong, der ehemalige Bundeskanzler Schröder und Bundesaußenminister Steinmeier teilnahmen.

Meine Damen und Herren,

im Laufe dieser Rede habe ich Ihnen eine Fülle von Beispielen für die Verwendung Ihrer Pflichtbeiträge für die Kammer gegeben. Dass diese Ausgaben einer strengen Kontrolle der unternehmerischen Selbstverwaltungsgremien, einer Rechtsaufsicht, ehrenamtlicher Rechnungsprüfer und einer professionellen Rechnungsprüfungsstelle unterliegen, versteht

sich von selbst. Ich will es an dieser Stelle aber auch gerne erwähnen. Die genannten Beispiele für die Verwendung Ihrer Gelder reichen von den 8 500 unentgeltlichen Existenzgründungsberatungen über die Stellungnahmen zu Gesetzen, Verordnungen, Verkehrsplanungen und Bebauungsplänen bis hin zu unseren Aktivitäten für die Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung. Dies alles sind Gemeingüter, die wir im wohlverstandenen Interesse von uns allen erzeugen. Wollte man sie über Preise finanzieren, kein Käufer würde sich finden. Würde man diese Aktivitäten über freiwillige Spenden bestreiten wollen, so würden sie bestenfalls in höchst suboptimalem Umfang erzeugt.

Der berühmte amerikanische Ökonom Mancur Olson hat in seinem bahnbrechenden Werk über die Logik des kollektiven Handelns treffend formuliert: „Trotz der Kraft des Patriotismus, der Anziehungskraft der nationalen Ideologie, des Bandes einer gemeinsamen Kultur und der Unentbehrlichkeit eines Systems von Recht und Ordnung war in der Neuzeit kein bedeutender Staat in der Lage, sich durch freiwillige Abgaben oder Beiträge selbst zu erhalten. Philanthropische Beiträge stellen in den meisten Ländern nicht einmal eine nennenswerte Einnahmequelle dar. Steuern, definitionsgemäß Zwangszahlungen, sind notwendig. (...) Wenn der Staat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln seine grundlegenden und lebenswichtigen Tätigkeiten nicht ohne Zwangsanwendung finanzieren kann, darf man annehmen, dass große private Organisationen ebenfalls Schwierigkeiten haben dürften, die einzelnen in den Gruppen, deren Interessen sie zu vertreten suchen, dazu zu bewegen, die notwendigen Beiträge freiwillig zu leisten.“

Die 160 000 Gewerbetreibenden dieser wunderschönen Stadt sind eine große Gruppe im Sinne von Olson. Sie haben Wünsche und Erwartungen an Politik und Verwaltung und wollen, dass ihr Gesamtinteresse wahrgenommen wird. Gesetzliche Mitgliedschaft und Beitragspflicht sind zwei Seiten ein und derselben Medaille und bilden ein institutionelles Gefüge, dass der Gesetzgeber klug eingerichtet hat. Nur die gesetzliche Mitgliedschaft stellt sicher, dass alle an der Ermittlung des Gesamtinteresses teilhaben können. Nur die Beitragspflicht stellt sicher, dass bei der Finanzierung der Aufgaben der Gesamtinteressenvertretung niemand die Position des Trittbrettfahrers einnehmen und dem Motto frönen kann: „Hannemann, geh du voran!“ Nur die Beitragspflicht stellt sicher, dass die Organe der Kammer demokratischen Mehrheiten verpflichtet sind und nicht einigen wenigen, großen und freiwilligen Beitragszahlern. Und nur die Beitragspflicht erlaubt darüber hinaus die Finanzierung allgemeiner Wirtschaftsförderungsaufgaben, von der Existenzgründungsberatung über die Förderung von Frauen in Führungspositionen bis hin zu Aktivitäten zur Integration von Flüchtlingen in Praktika, Ausbildung und Beschäftigung. Die Beitragspflicht macht unsere Handelskammer nicht zu einer Zwangs-, sondern einer

Solidargemeinschaft im besten Sinne des Wortes, die auch ein hohes Maß an solidarischer Lastenverteilung aufweist. Die Leistungstärkeren helfen dabei den Leistungsschwächeren. Die kleinsten Unternehmen, immerhin 40 Prozent aller unserer Mitglieder sind vollständig vom Beitrag befreit. Gleichwohl kommen sie in den Genuss aller Leistungen. Mit dem Modell der Aufkündigung des Solidarprinzips und des Übergangs zu nur noch freiwilligen Beitragszahlungen fände diese Form des Interessen- und Lastenausgleichs und der Politikberatung unter Beteiligung aller ihr Ende. Verlierer wäre auch das Gemeinwesen, weil es keine unabhängige, dem Gesamtinteresse verpflichtete Interessenvertretung mehr gäbe. Wollen wir das?

Dass sich die Unternehmer einer Region auf diese Art und Weise artikulieren und gemeinsam handeln können, ist eine Errungenschaft unserer Rechtsordnung. Niemand hat dies gekonnter ausgedrückt als das Bundesverfassungsgericht in seinem wegweisenden Urteil über die Rechtmäßigkeit der Pflichtmitgliedschaft, in dem es im Jahr 2002 schrieb: „Zugleich hat die Pflichtmitgliedschaft eine freiheitssichernde und legitimatorische Funktion, weil sie auch dort, wo das Allgemeininteresse einen gesetzlichen Zwang verlangt, die unmittelbare Staatsverwaltung vermeidet und stattdessen auf die Mitwirkung der Betroffenen setzt.“

Meine Damen und Herren,

geben wir dieses kostbare Instrument der Solidargemeinschaft nicht leichtfertig aus unseren Händen. Nutzen wir es vielmehr auch weiterhin zum Wohle aller Unternehmer und Unternehmen in dieser Stadt und damit zum Wohle aller. Ich appelliere an alle Kandidaten und Wahlbündnisse der bevorstehenden Kammerwahlen, die Regeln eines fairen Umgangs miteinander zu beachten und bei aller Emotionalität bei den Fakten zu bleiben. Und ich appelliere an alle unsere Mitgliedsunternehmen: Eine Handelskammer, die stark, politisch neutral und unabhängig für die Unternehmen und die Arbeitsplätze in Hamburg wirken soll, kann das nur mit der Unterstützung ihrer Mitglieder und all der Kräfte, die schaffen, was Arbeit schafft. Deshalb ist die anstehende Handelskammer-Wahl 2017 so entscheidend wichtig.

Ich rufe von hier aus alle Unternehmerinnen und Unternehmer in der Stadt auf: Wenn ab dem 16. Januar 2017 die Wahlunterlagen bei Ihnen ankommen, dann nehmen Sie sich ein paar Minuten Zeit und machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Jede Stimme zählt und auf Sie kommt es an! Viele inhaltlich starke und motivierte Kandidaten bauen auf Ihre Stimme, weil sie für den Standort Hamburg, für die Handelskammer und vor allem für die Unternehmen in unserer Stadt etwas erreichen wollen. Geben Sie ihnen die Chance dazu –

oder, um es mit den Worten unserer Kampagne zur Steigerung der Wahlbeteiligung zu sagen: „Mach dein Kreuz!“.

Im Rückblick auf das Jahr 2016 danke ich dem Senat und dem Bürgermeister, den Abgeordneten des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments, der Bürgerschaft und der Bezirksparlamente, den Behörden des Bundes und der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Organen der Justiz für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Ich schließe in diesen Dank die Kirchen, das Konsularische Corps, die Bundeswehr, die Polizei, die Feuerwehr, die Verbände, die Kammern, die Gewerkschaften, die Medien, die Wirtschaftsjuvenen und die Ehemaligen Junioren ein. Ich danke all denen, die in guter hamburgischer Tradition mit Stiftungen, Spenden, Initiativen und Tatkraft unser Gemeinwesen gefördert und auch geholfen haben, soziale Nöte zu lindern. Ich danke der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg für ihren Einsatz zugunsten ethischer Grundsätze in der Wirtschaft.

Von Rosa Luxemburg stammt der berühmte Satz: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“. Zu dieser Freiheit gehört auch die in Artikel 5 unseres Grundgesetzes festgehaltene Freiheit des Wortes. Und im Sinne der Freiheit des Wortes wünsche ich mir, dass auch meine Nachfolger an dieser Stelle Reden halten werden, in denen sie mit der ihnen jeweils eigenen persönlichen Note die Position der Hamburger Wirtschaft deutlich machen.

Ich wünsche Ihnen ein frohes, erfolgreiches und gesundes Jahr 2017.

Es gilt das gesprochene Wort.